

CH_VB 80.581 vom 14. Dezember 1983

Bundesverwaltung, 1983-12-14, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_80.581

FR: CH_VB 80.581 du 14 décembre 1983

IT: CH_VB 80.581 del 14 dicembre 1983

Erwägungen

E. 14

décembre 1983 Hubacher: Ich möchte zu dieser Motion Hunziker nur noch zwei, drei Bemerkungen beifügen. Herr Weber hat jetzt zum Schluss etwas konkreter gesagt, um was es geht: um Aufträge. Schlicht und einfach um private Aufträge. Herr Weber, wir hatten kürzlich in der Militärkommission die hohe Ehre, Herrn Walter Hess, unter anderem Verwaltungsratspräsident der Firma Saurer AG, als Experten anzuhören über die Effizienz oder eben Nichteffizienz der Militärwerkstätten, also von Bundesbetrieben. Es war eindrücklich, vom grossen Chef der Firma Saurer, die ja ein absolutes Prachtsbeispiel eines gekonnten und sehr effizienten Managements ist, zu hören, dass Bundesbetriebe im Prinzip schlecht geführt sind - keine Wertschöpfung, schlechtes Management, Schlussfolgerung: 500 Arbeitsplätze abbauen, damit man Aufträge vom Bund abnehmen kann. Herr Hess war noch so ehrlich, zu sagen: Es gibt Aufträge, an denen die Privatwirtschaft in den sechziger und siebziger Jahren überhaupt nicht interessiert war - die berühmte Kochkiste -, aber jetzt ist sie darauf angewiesen. So zwischenhinein gesagt: Die militärische Sicherheit kann ja nicht davon abhängen, ob jemand Aufträge zurzeit will oder nicht, sondern sie müssen kontinuierlich erledigt werden. Die Feststellung, dass Bundesbetriebe keine Werte schöpfen und im Prinzip ein schlechtes Management haben, ist natürlich schon eine formidable Darstellung, wenn man berücksichtigt, dass Herr Hess als Verwaltungsratspräsident der Firma Saurer die Wertschöpfung vom Bund geliefert bekommt, indem wir 1200 Lastwagen gekauft haben, die die Armee im Moment kaum braucht, nur damit diese Firma über Wasser gehalten werden kann; sie ist dann trotzdem verkauft worden. Man sollte also nicht generell, wie das jetzt Herr Weber getan hat, so unverbindlich etwa die Behindertenbetriebe - das ist immer etwas Liebliches und Soziales - voranstellen. Es geht schlicht um eine teilweise Reprivatisierung. Es ist Ihre Sache zu sagen, ob Sie das wollen. Wir Sozialdemokraten meinen - übrigens mit dem Bundesrat -, dass das kein guter Weg wäre. Eine zweite Bemerkung an Herrn Hunziker: Eigentlich ist bis jetzt aus dem grossen Lärm, den wir jahrelang als Begleitmusik im ganzen Schweizerlande anhören durften oder mussten, nämlich «weniger Staat», wenig Konkretes entstanden. Der Bundesrat stellt fest, dass die meisten Vorschläge von Herrn Hunziker in den Bereich der Gemeinden und Kantone fallen und dass eigentlich wenig Substanz betreffend Abbau von Leistungen des Bundes in der Motion Hunziker liege. Der Bund habe keine Kompetenz, den Gemeinden und Kantonen Vorschriften zu machen. Ich meine, wir sollten vielleicht leidenschaftsloser darüber reden, was allenfalls verbessert werden könnte. Die Motion ist aber hier nicht so präsentiert worden, wie wir das seit Jahren in der Propaganda der Freisinnig-demokratischen Partei serviert bekommen. Es ist immer und ununterbrochen eine frontale Attacke gegen diesen Staat geführt worden. Da muss man sich doch einmal die Frage stellen, ob wir Schweizer wirklich so viel gescheiter und so viel tüchtiger sind als andere, dass wir mit erheblich weniger Staatsausgaben - im prozentualen

Anteil - auskommen als die meisten modernen Industriestaaten? Der Bundesrat gibt ja darüber Auskunft. Können wir alles so viel besser als andere Staaten? Was ist denn eigentlich die Aufgabe des Staates? Wir meinen, dass hier die Definition, was eigentlich vom Staat zu erwarten ist an Bewältigung von Zukunftsaufgaben, zu wenig zum Ausdruck kommt und dass wir uns zu sehr im Marginalbereich bewegen und nur nachfragen, was man allenfalls einsparen könnte. Aber es ist nicht klar hervorgegangen - auch nicht aus der Begründung von Herrn Hunziker -, was eigentlich die Absicht ist. Solange aber diese Begründung fehlt, muss man davon ausgehen, dass es ein «Ritt ins Blaue» ist, eine politisch begründete, populäre Melodie, ohne genau zu wissen, was man will, oder dann sagt man es nicht. Wir Sozialdemokraten meinen, dass wir nicht als die letzten Verteidiger dieses Staates dastehen; das ist nicht unsere Aufgabe. Aber die Gemeinschaftsaufgaben, die auf uns alle, auf die Wirtschaft, die Arbeitnehmer, die Unternehmer und auf uns Politiker zukommen, können wir nicht mit diesem Kleinmut lösen, indem wir immer unseren eigenen Staat angreifen und immer rückwärts blicken, statt uns einmal zusammenzurufen und uns zu fragen, was denn die grossen Zukunftsaufgaben sind. Wir sollten nicht immer nur vom Haushaltsgleichgewicht reden und von zwei, drei Beamten, die allenfalls unterbeschäftigt sein könnten, sondern von dem, was wir möglicherweise an Gelegenheiten verpassen, wenn wir uns zu kleinkariert in diesem Hickhack von «mehr oder weniger Staat» herumbewegen. Von da her ist die Motion zwar interessant, aber sie hat eigentlich wenig geklärt von dem, was wir seit Jahren von aussen serviert bekommen. Le président: Je vous propose d'interrompre la discussion sur la motion de M. Hunziker pour permettre à l'Assemblée fédérale de prendre connaissance des résultats du scrutin concernant l'élection du Tribunal militaire de cassation. Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen La séance est interrompue pour 10 minutes Bundesrat Friedrich: Zur Diskussion über den Vorstoss Hunziker nehme ich kurz wie folgt Stellung: Sie entnehmen der schriftlichen Antwort, dass wir dem Vorstoss nicht zum vornherein negativ gegenüberstehen. Wir haben denn auch sehr einlässlich zu einzelnen Problemen Stellung genommen. Wir haben uns nicht nur mit der Argumentation des Motionärs auseinandergesetzt, sondern auch eigene Argumente beigetragen. Wir haben Richtungen angedeutet, die allenfalls einzuschlagen wären. Aber - das möchte ich doch deutlich sagen - wir sind verpflichtet, auf die sich stellenden Probleme hinzuweisen; es gibt vorderhand noch sehr viele Unsicherheiten. Weil somit noch wenig konkrete Vorstellungen bestehen, wollen wir nicht einen Auftrag für die Privatisierung bestimmter Bereiche entgegennehmen, sondern möchten die ganze Problematik zunächst einmal frei prüfen. Wir sind also bereit, Bericht zu erstatten und - je nach dem Ergebnis dieser Prüfung - Antrag zu stellen, aber im Rahmen der flexibleren Form des Postulates. Le président: M. Hunziker accepte la proposition du Conseil fédéral de transformer sa motion en postulat. M. Renschler s'oppose au postulat. Nous voterons donc sur la transmission du postulat. Abstimmung - Vote Für Überweisung als Postulat 81 Stimmen Dagegen 47 Stimmen Überwiesen - Transmis #ST# 81.507 Postulat Oehen. Grenzgänger - Frontaliers Siehe Jahrgang 1981, Seite 1749 Voir année 1981, page 1749 Diskussion - Discussion Oehen: Nachdem zwei Jahre vergangen sind, seit wir uns über dieses Postulat hier unterhalten haben, muss ich wohl etwas auf die Grundlagen zurückgreifen. Wieso das Postulat? Schon relativ kurz nach meiner Wohnsitznahme im Tessin, im südlichsten Teil unseres Südkan-

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Motion Hunziker Privatisierung staatlicher Tätigkeiten Motion Hunziker

Privatisation de tâches publiques In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1983 Année Anno Band V Volume Volume Session Wintersession Session Session d'hiver Sessione Sessione invernale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 10 Séance Seduta Geschäftsnummer 80.581 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 14.12.1983 - 10:00 Date Data Seite 1800-1804 Page Pagina Ref. No 20 012 054 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.